

# Chronik der Zeit

## 6. August bis 5. September 1991

6. 8. - Jugoslawien. Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaften beraten in Den Haag über das weitere Vorgehen in der Jugoslawienkrise. Die EG-Kommission wird beauftragt, Pläne für mögliche Wirtschaftssanktionen auszuarbeiten. In Presseberichten heißt es, über die von Bundesaußenminister Genscher ins Gespräch gebrachte diplomatische Anerkennung der Republiken Slowenien und Kroatien habe es eine kontroverse Diskussion gegeben. - Vom 8. - 9. 8. hält der Ausschuß Hoher Beamter der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am Sitz des KSZE-Sekretariats in Prag ein „Dringlichkeitstreffen“ ab. Der Ausschuß, der in Anwendung des „Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen“ (Text in „Blätter“, 8/1991, S. 1018 ff.) tagt, richtet einen erneuten „Appell zur Feuereinstellung“ an die Bürgerkriegsparteien und „begrüßt die Bereitschaft der Europäischen Gemeinschaft, ihre Überwachungsaktivität. . . durch Einbeziehung weiterer Mitglieder aus anderen KSZE-Teilnehmerstaaten“ auszudehnen. — Am 12. 8. unterbreiten Spitzenvertreter der Republiken Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina in Belgrad einen gemeinsamen Vorschlag („Initiativen für eine friedliche Lösung der Jugoslawienkrise“) zur Umwandlung Jugoslawiens in einen „Bund gleichberechtigter Republiken und Völker“ im Rahmen einer neuen Verfassung. Dabei solle Jugoslawien „als Gesamtstaat“ erhalten bleiben. -Am 27. 8. fordern die EG-Mitgliedstaaten nach einem Außenministertreffen in Brüssel die serbische Führung auf, das Blutvergießen in Kroatien innerhalb von fünf Tagen zu unterbinden; anderenfalls werden Sanktionen angedroht. In Presseberichten ist von einem „Ultimatum“ die Rede. - Am 2. 9. unterzeichnen der EG-Ratsvorsitzende van den Broek (Niederlande) sowie die Vertreter der jugoslawischen Regierung und der Republiken in Belgrad ein Memorandum, das einen durch zivile Beobachter kontrollierten Waffenstillstand und die anschließende Aufnahme von Verhandlungen über eine politische Lösung des innerjugoslawischen Konflikts vorsieht. - Am 3. 9. einigen sich die EG-Außenminister in Den Haag auf die

Modalitäten einer Friedenskonferenz für Jugoslawien. Die Konferenz soll am 7. 9. unter Teilnahme von Vertretern der jugoslawischen Bundesregierung und der Präsidenten der Republiken beginnen und ebenfalls in Den Haag stattfinden. - Am 4. 9. fordert der KSZE-Ausschuß Hoher Beamter auf einer weiteren Sitzung in Prag die Konfliktparteien zur Einhaltung der Waffenruhe auf, die eine Vorbedingung für die Aufnahme von Friedensgesprächen und für die Tätigkeit der internationalen Beobachtermission sei. Der Ausschuß setzt sich dafür ein, während der Zeit des Konflikts alle Waffenlieferungen nach Jugoslawien einzustellen.

10. 8. - China. Ministerpräsident Li Peng kündigt gegenüber dem in Peking weilenden japanischen Ministerpräsidenten Kaifu die Absicht der Volksrepublik China an, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beizutreten; einen Zeitpunkt nennt Li Peng nicht. China ist das einzige ständige Mitglied des UN-Sicherheitsrates, das dem Kernwaffensperrevertrag (Text in „Blätter“, 7/1968, S. 767 ff.) bisher nicht angehört.

15. 8. - Naher Osten. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen lockert das gegenüber dem Irak verhängte Wirtschaftsembargo und genehmigt irakische Ölverkäufe im Wert von 1,6 Mrd. Dollar. Der Erlös ist für den Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten und zu einem Drittel für die Zahlung von Reparationen bestimmt. Alle Zahlungen sollen über ein Sperrkonto unter Aufsicht des UN-Generalsekretärs erfolgen. Eine entsprechende Ratsresolution wird in New York mit 13 gegen eine Stimme (Kuba) bei einer Enthaltung (Jemen) angenommen. Der Irak hatte den Beschluß zuvor als eine unakzeptable Erpressung und Einschränkung seiner Souveränität bezeichnet.

18. 8. - UdSSR. Während des Urlaubs von Präsident Gorbatschow und unmittelbar vor der geplanten Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages (vgl. ' „Blätter“, 9/1991, S. 1028 f.) kommt es in Moskau zu einem Putsch, der jedoch schon in den ersten Tagen

scheitert. Ein „Staatskomitee“, an dessen Spitze Vizepräsident Janajew steht (zur Wahl vgl. „Blätter“, 2/1991, S. 1331), verhängt den Ausnahmezustand. Gorbatschow und seine Familie werden an ihrem Ferienort auf der Krim für 72 Stunden festgehalten und von der Außenwelt isoliert. Der russische Präsident Jelzin bezeichnet die Anordnungen des „Staatskomitees“ als illegal und ruft die Bevölkerung zum Widerstand und zu einem „unbefristeten Generalstreik“ auf. Trotz des Ausnahmezustands kommt es, vor allem in Moskau und Leningrad, zu Massendemonstrationen, viele Angehörige der Armee und des Sicherheitsdienstes (KGB) verweigern den Befehl. Mit dem Bau von Barrikaden wird die Erstürmung des Parlamentsgebäudes der Russischen Föderation und die Festnahme von Jelzin verhindert. In Begleitung einer von Jelzin auf die Krim entsandten Delegation, darunter der russische Vizepräsident Ruzkoi, kann Präsident Gorbatschow am 22. 8. in die Hauptstadt zurückkehren und die Amtsgeschäfte im Kreml wieder aufnehmen. Die Anführer des Putsches, zu denen neben Vizepräsident Janajew auch Ministerpräsident Pawlow, Verteidigungsminister Jasow und KGB-Chef Krjutschkow gehören, werden verhaftet und unter Anklage gestellt. Nach dem mißlungenen Staatsstreich erläßt die Regierung Rußlands weitreichende Dekrete. Darin wird u. a. die Einstellung der Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) sowie die Beschlagnahme ihres Eigentums angeordnet und mit der Verwicklung der Partei in den Putsch begründet. (Vgl. die Auswahl von Texten in „Dokumente zum Zeitgeschehen“.)—Am 21. 8. proklamieren Estland und Lettland ihre staatliche Unabhängigkeit von der UdSSR und folgen damit entsprechenden Beschlüssen Litauens vom 11. März 1990 und Georgiens vom 9. April 1991. Weitere Unabhängigkeitserklärungen werden u. a. von der Ukraine (24. 8.) und Weißrußland (25. 8.) sowie von Moldawien (27. 8.) abgegeben. —Am 23. 8. werden nach einer Absprache zwischen Gorbatschow und Jelzin umfangreiche Personalveränderungen in der Regierung eingeleitet, die vor allem die Spitze des Außen-, Innen- und Verteidigungsministeriums sowie den KGB betreffen. —Am 24. 8. legt Präsident Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der KPdSU nieder und begründet seinen Schritt mit dem Verhalten der Führungsgremien. Das Sekretariat und das Politbüro habe „sich nicht

gegen den Staatsstreich gestellt“ und unter den Verschwörern seien Mitglieder der Parteiführung gewesen. Dies habe „Millionen von Kommunisten in eine verlogene Situation gebracht“. Gorbatschow fordert das Zentralkomitee der KPdSU auf, sich aufzulösen. In Moskau nehmen mehr als eine Million Menschen an einer Trauerkundgebung für drei junge Männer teil, die bei der Verteidigung des russischen Parlaments ums Leben gekommen waren. Präsident Gorbatschow hatte den Toten posthum den Titel „Held der Sowjetunion“ verliehen. — Am 26. 8. beginnt der Oberste Sowjet in Moskau mit Beratungen über die Lage. Präsident Gorbatschow greift mehrfach in die Debatte ein und kündigt eine umfassende Demokratisierung sämtlicher Staatsorgane an. Gorbatschow erklärt u. a., er habe die Putschgefahr falsch eingeschätzt und sei nicht entschlossen genug gegen konservative Kräfte vorgegangen. Das Parlament hebt die Immunität seines Präsidenten Anatoli Lukjanow auf, der der Beteiligung am Umsturzversuch beschuldigt wird. Nach der Entlassung des gesamten bisherigen Kabinetts wird ein Wirtschaftskomitee unter Leitung des russischen Ministerpräsidenten Silajew als provisorische Regierung eingesetzt. Der Oberste Sowjet suspendiert am 29. 8. die Tätigkeit der KPdSU auf dem gesamten Staatsgebiet der UdSSR. Die Entscheidung fällt mit 283 gegen 9 Stimmen bei 52 Enthaltungen. — Am 2. 9. legt der kasachische Präsident Nasarabajew einem außerordentlichen Kongreß der Volksdeputierten in Moskau einen Plan „für die Übergangsperiode bis zur Annahme einer neuen Verfassung und der Wahl neuer Machtorgane“ vor. Zu den Unterzeichnern des Dokuments gehören die Präsidenten Gorbatschow und Jelzin sowie die Präsidenten weiterer Republiken. Der Kongreß billigt am 4. 9. die nach kontroverser Debatte in mehreren Punkten geänderte Vorlage mit 1126 gegen 289 Stimmen bei 247 Enthaltungen und faßt am 5. 9. einen „Beschluß über Fragen, die aus der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der UdSSR und der höchsten Amtspersonen der Republiken resultieren“, mit dem „ein weiterer Zerfall der Machtstrukturen verhindert werden“ soll. Die neue Union, so heißt es darin u. a., solle „sich auf Prinzipien der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der Staaten, der Menschen- und Völkerrechte, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie gründen“. Ausdrücklich wird „das Streben der

Republiken nach Anerkennung als Subjekts des Völkerrechts" unterstützt. Präsident Gorbatschow bezeichnet die Entscheidungen des Kongresses als „einen historischen Moment in der Geschichte unseres Staates“.

19. 8. - USA. Präsident Bush äußert sich in einer Stellungnahme „tief beunruhigt“ über den Putsch in der Sowjetunion. Bush erklärt, er unterstütze die Forderung des russischen Präsidenten Jelzin „nach Wiedereinsetzung der rechtmäßig gewählten Machtorgane und Bestätigung des Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow im Amt“. Es müsse alles vermieden werden, was „diesen Umsturz rechtmäßig erscheinen lasse“. Die Mehrzahl der westeuropäischen Regierungen, darunter die Bundesregierung, geben ähnliche Erklärungen ab.

- BRD/UdSSR. Der sowjetische Botschafter Terechow übergibt Bundeskanzler Kohl in Bonn eine persönliche Botschaft des „amtierenden Staatspräsidenten“ Janajew. In einer Mitteilung des Bundespresseamtes heißt es, Janajew habe in seinem Schreiben „die Gründe des Vorgehens des von ihm gebildeten Komitees“ erläutert.

21. 8. - NATO. Die Außenminister der Allianz erörtern auf einer Sondersitzung in Brüssel die Auswirkungen des Putsches in der Sowjetunion. Der amerikanische Außenminister Baker vertritt die Ansicht, es handele sich dabei nicht um einen Ost-West-Konflikt, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen einer kleinen Gruppe von Personen, die die Macht an sich gerissen habe, und den Völkern der UdSSR. Diese Auseinandersetzung habe jedoch gravierende internationale Auswirkungen. Generalsekretär Wörner erklärt, eine Assoziierung der Staaten Mittel- und Osteuropa mit der NATO komme nicht in Betracht und sei im NATO-Vertrag nicht vorgesehen.

21.-22. 8. - Polen/UdSSR. Delegationen beider Regierungen setzen in Warschau die Verhandlungen über den Termin für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen fort. Dabei geht es auch um die Probleme, die sich aus der Rückführung sowjetischer Militäreinheiten aus dem Gebiet der ehemaligen DDR über polnisches Territorium ergeben.

26. 8. - Baltikum. In mehreren Hauptstädten wird die Anerkennung der Republiken Estland, Lettland und Litauen bekanntgegeben. Als erster Staat vereinbart Island einen Bot-

schafteraustausch. Nach der Unterzeichnung entsprechender Dokumente heißt es in Reykjavik, es handele sich um die „Wiederaufnahme“ der diplomatischen Beziehungen, da Island die „gewaltsame Annexion“ der drei baltischen Staaten niemals anerkannt habe. Bundesaußenminister Genscher empfängt am 27. 8. in Bonn die drei Außenminister Meri (Estland), Jurkans (Lettland) und Saudargas (Litauen) und teilt ihnen den bevorstehenden Beschluß der Bundesregierung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit.

26. —27. 8. — Kambodscha. Die amtierende Regierung unter Ministerpräsident Hun Sen und Vertreter der verschiedenen Widerstandsorganisationen einigen sich formell auf die Beendigung des seit zwölf Jahren geführten Bürgerkrieges. Nach dem Abschluß weiterer Verhandlungen in der thailändischen Stadt Pattaya (vgl. „Blätter“, 8/1991, S. 901) erklärt Prinz Sihanouk, der Vorsitzende des Obersten Nationalrats: „Der Krieg ist vorbei.“ Die Einigung sieht u. a. die Verringerung der einzelnen Truppenkontingente um 70% und die Einsetzung einer Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Kambodscha vor. In einem Brief an den UN-Generalsekretär beantragt Sihanouk am 29. 8. die Entsendung von 200 Beobachtern der Weltorganisation.

28. 8. - UNO. In einem Bericht für die Afrika-Debatte der Generalversammlung (2.-13. 9.) schlägt Generalsekretär Perez de Cuellar eine Teilentschuldung für die Länder des Kontinents innerhalb eines umfassenden Wirtschaftsplanes vor. Die offiziellen Schulden sollten vollständig gestrichen werden, um die Last von insgesamt 270 Mrd. Dollar Auslandsverschuldung deutlich zu vermindern.

29. 8. - Rumänien. Die Regierung nimmt diplomatische Beziehungen mit der benachbarten Republik Moldawien auf, die am 27. 8. ihre Unabhängigkeit von der UdSSR erklärt hatte. Ein entsprechendes Abkommen unterzeichnen in Bukarest die beiden Außenminister Nastase (Rumänien) und Tiu (Moldawien).

5. 9. - Lateinamerika. Die drei größten Militärmächte des Kontinents, Argentinien, Brasilien und Chile, verpflichten sich zum Verzicht auf Einsatz und Herstellung biologischer und chemischer Waffen. Die Außenminister der drei Staaten unterzeichnen die Verpflichtungserklärung in der argentinischen Stadt Mendoza.